

per E-Mail an den Europaausschuss
vom Ministerium für Justiz, Kultur und Europa
vom 30. Januar 2015

Auswertung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission 2015

Hanse-Office – Gemeinsame Vertretung der Freien und Hansestadt
Hamburg und des Landes Schleswig-Holstein
bei der Europäischen Union

Vertretung der Freien Hansestadt Bremen
bei der Europäischen Union

Informationsbüro des Landes Mecklenburg-Vorpommern
bei der Europäischen Union

Vertretung des Landes Niedersachsen
bei der Europäischen Union

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/3986

Gliederung

Gliederung	
Einleitung	3
Teil A	5
Struktur des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission 2015.....	5
Teil B	7
Zusammenfassung der aus norddeutscher Sicht wichtigsten Initiativen der Kommission	7
1. Wettbewerb, Industrie und Unternehmen, Binnenmarkt und Dienstleistungen	7
2. Finanzen, Steuern und Zollunion, Wirtschafts- und Währungsunion.....	9
3. Beschäftigung, Soziales, Gesundheit, Integration.....	11
4. Bildung, Jugend, Kultur, Forschung und Medien	14
5. Umwelt, Verkehr, Klima, Energie und Meerespolitik.....	15
6. Landwirtschaft, Fischerei, Verbraucherschutz, Entwicklung des ländlichen Raums	19
7. Justiz, Inneres, Humanitäre Hilfe.....	21

Einleitung

Am 16. Dezember 2014 hat die Europäische Kommission ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 2015 angenommen¹. Im Rahmen dieser Mitteilung präsentierte sie bereits anderthalb Monate nach Übernahme ihres Mandats ihre politischen Schwerpunkte des kommenden Jahres. Sie will sich dabei im Sinne der am 15. Juli 2014 veröffentlichten zehn Prioritäten ihrer politischen Leitlinien² auf die Kernfragen Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen konzentrieren und einen Paradigmenwechsel vorantreiben, damit die EU „bei den großen Themen große Anstrengungen unternimmt und ambitionierter vorgeht und bei weniger wichtigen Themen bescheidener und zurückhaltender auftritt“ (KOM IP 14/2703). Vorrang soll deshalb auch die Senkung der Regulierungslasten bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung eines hohen Sozial-, Gesundheits- und Umweltschutzniveaus haben.

Die das Arbeitsprogramm enthaltende Mitteilung (KOM (2014) 910 final) ist zweigegliedert. Ein Textteil gibt einen Überblick über den erklärten Willen der neuen Kommission zur Veränderung sowie ihre Konzentration auf zehn politische Prioritäten. Der als Anhang bezeichnete zweite Teil nennt die geplanten Maßnahmen im Einzelnen:

Anhang I enthält gegliedert nach den Prioritäten der politischen Leitlinien 23 neue Initiativen, auf die sich die Kommission konzentrieren will. Es handelt sich dabei oftmals um ganze Pakete, ohne Einzelmaßnahmen zu nennen.

Anhang II beinhaltet eine Liste der zurückzuziehenden oder zu ändernden Vorschläge mit insgesamt 80 Maßnahmen zur Rechtsvereinfachung und zur Verringerung der Verwaltungslasten. Die Kommission unterscheidet hierbei zwischen überholten Vorschlägen und solchen, für die sie sich eine Überprüfung und ggf. Neubewertung vorbehält; letztere sind durch Fettdruck hervorgehoben. Vor der Rücknahme eines Vorschlags wird die Kommission allerdings die Stellungnahmen von Europäischem Parlament und Rat abwarten.

Anhang III umfasst 79 Maßnahmen aus dem Programm der Kommission zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung (REFIT), mit denen die Kommission die Zweckmäßigkeit des EU-Rechts sicherstellen möchte. Hierunter sind Evaluierungen, Maßnahmen zur Reduzierung von Verwaltungsaufwand oder auch Vereinfachungen und Rücknahmen zu verstehen.

Anhang IV listet 58 Rechtsvorschriften auf, die 2015 in Kraft treten.

Die Brüsseler Länderbüros von Hamburg/Schleswig-Holstein (Hanse-Office), Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen haben im Rahmen der norddeutschen Zusammenarbeit erneut die alljährliche Auswertung des Arbeitsprogramms gemeinsam vorgenommen und die aus norddeutscher Sicht wichtigsten Vorhaben aus den unterschiedlichen Politikbereichen zusammengefasst. Dabei umfasst die vorgenommene Auswertung sowohl neue Initiativen (Anhang I), zurückzuziehende/zu ändernde, nicht jedoch überholte Vorschläge (Anhang II) als auch REFIT-Maßnahmen zur Sicherstellung der Zweckmäßigkeit des EU-Rechts (Anhang III).

Diese Schwerpunktsetzung gibt die Einschätzung aus heutiger Sicht wieder. Im Laufe eines Jahres ergeben sich erfahrungsgemäß Ergänzungen oder etwaige Änderungen durch neue Herausforderungen oder politische Entwicklungen.

¹ Abrufbar unter http://ec.europa.eu/priorities/work-programme/index_de.htm

² Abrufbar unter http://ec.europa.eu/priorities/docs/pg_en.pdf

Die Auswertung gliedert sich wie folgt:

Teil A: Struktur des Arbeitsprogramms 2015 der Europäischen Kommission

Teil B: Identifizierung der aus norddeutscher Sicht wichtigsten Maßnahmen 2015

Teil A

Struktur des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission 2015

Die Kommission hat die Mitteilung zum Arbeitsprogramm 2015 mit dem Untertitel „Ein neuer Start“ versehen. Um diesen neuen Ansatz zu unterstreichen, gliedert die Kommission ihre Maßnahmen für 2015 entlang der zehn politischen Leitlinien der Juncker-Kommission. Diese lauten:

- Neue Impulse für Arbeitsplätze, Wachstum und Innovation;
- Ein vernetzter digitaler Binnenmarkt;
- Eine robuste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimapolitik;
- Ein vertiefter und fairerer Binnenmarkt mit gestärkter industrieller Basis;
- Eine vertiefte und fairere Wirtschafts- und Währungsunion;
- Ein vernünftiges und ausgewogenes Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten;
- Auf gegenseitigem Vertrauen fußender Raum des Rechts und der Grundrechte;
- Hin zu einer neuen Migrationspolitik;
- Mehr Gewicht auf der internationalen Bühne;
- Eine Union des demokratischen Wandels.

Entlang dieser zehn politischen Leitlinien spezifiziert die Kommission 23 neue Initiativen, auf die sie sich im Jahr 2015 konzentrieren wird. Dies stellt im Vergleich zu früheren Arbeitsprogrammen eine relativ geringe Anzahl dar. Gleichwohl gilt es zu berücksichtigen, dass die Kommission hierbei auch Pakete sowie Aktionspläne aufführt, die eine Vielzahl an Einzulelementen wie z. B. Richtlinien, Verordnungen und Mitteilungen umfassen können. Einige werden nachfolgend besonders erwähnt:

So steht die von Kommissionspräsident Juncker initiierte Investitionsoffensive für Europa mit einem Volumen von 315 Mrd. EUR im Zentrum der Arbeiten des ersten Halbjahres 2015. Nachdem ein entsprechender Verordnungsentwurf bereits am 13. Januar 2015 vorgelegt wurde, sind Europäisches Parlament und Rat nun aufgefordert, bis Juni zu einer Einigung zu gelangen, damit der Europäische Fonds für Strategische Investitionen, angesiedelt innerhalb der EIB-Gruppe, zügig etabliert werden kann.

Wie die Investitionsoffensive wird auch die Halbzeitbilanz der Kommission zur Strategie Europa 2020 themenübergreifend mit Auswirkungen auf alle Politikbereiche sein. Dieser Bewertungsprozess war im März 2014 mit der Vorlage einer Mitteilung begonnen worden. Während die Kommission die EU auf einem guten Weg sah, ihre Bildungs-, Klima- und Energieziele zu erreichen, galt dies nicht für die Beschäftigungs-, Forschungs- und Entwicklungs- oder Armutsziele. Ohne die bisherigen Grundsätze zu verletzen, soll die Strategie Europa 2020 so überarbeitet werden, dass sie als Nachkrisenstrategie wirksam zu Wachstum und Beschäftigung beiträgt.

Im Energiebereich stehen nicht nur die Überarbeitung des EU-Emissionshandelssystems als Teil des rechtlichen Rahmens für die Zeit nach 2020 auf der Agenda, sondern auch ein strategischer Rahmen, der aus den Elementen Versorgungssicherheit, Integration nationaler Energiemärkte, Energieeinsparungen, Dekarbonisierung des Energiemixes sowie eine Stärkung von Forschung und Innovation besteht.

Angesichts der aktuellen Diskussionen zu Steuervermeidungspraktiken international agierender Unternehmen sind auch die Initiativen der Kommission im Steuerbereich von hohem Interesse. So wird die Kommission sowohl einen Informationsaustausch im Zusammenhang mit grenzübergreifenden Verfahren zur Steuerfestsetzung vorlegen als auch einen Aktionsplan zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug. Zudem sollen die Arbeiten an der Gemeinsamen Konsolidierten Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage (GKKB) mit neuem Elan erfolgen.

Der für die Länder stets wichtige Bereich der Kohäsionspolitik wird im Arbeitsprogramm 2015 unter die Priorität „Neue Impulse für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen“ subsumiert. Zur Wirkungssteigerung der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds verweist die Kommission auf die Notwendigkeit einer stärkeren Nutzung von Finanzierungsinstrumenten. Erklärtes Ziel ist hierbei, mindestens eine Verdoppelung dieser Instrumente zu erreichen. Im Übrigen wird die Kommission im ersten Halbjahr auch damit beschäftigt sein, die bis Ende 2014 noch nicht genehmigten operationellen Programme zu prüfen bzw. zu verabschieden.

Teil B

Zusammenfassung der aus norddeutscher Sicht wichtigsten Initiativen der Kommission

Die Brüsseler Länderbüros von Hamburg/Schleswig-Holstein (Hanse-Office), Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen haben das Arbeitsprogramm der Kommission (KOM) gemeinsam auf die für Norddeutschland wichtigen Maßnahmen hin ausgewertet. In den folgenden Auflistungen finden sich die von den Arbeitsgruppen identifizierten Maßnahmen aus den Anhängen I, II und III, gegliedert nach den traditionellen Politikbereichen. Im Gegensatz zu den Vorjahren werden geplante Veröffentlichungsdaten im Arbeitsprogramm nicht mehr aufgeführt.

1. Wettbewerb, Industrie und Unternehmen, Binnenmarkt und Dienstleistungen

Vorbemerkung:

Deutlicher wirtschaftspolitischer Schwerpunkt der KOM ist die geplante Investitionsoffensive. Abseits der Errichtung des Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) sind aber im Arbeitsprogramm 2015 keine konkreten und neuen legislativen Folgemaßnahmen genannt. Die KOM kündigt lediglich an, die Nutzung innovativer Finanzierungsinstrumente weiter fördern zu wollen, mehrere Vorschläge zur raschen Umsetzung des Konzepts vorzulegen sowie die geltenden Vorschriften über staatliche Beihilfen zu prüfen.

Von den sechs im Rahmen der Strategie für den digitalen Binnenmarkt angekündigten Initiativen sollen zwei einen direkten Bezug auf die Wirtschaft haben: der Aufbau der digitalen Wirtschaft sowie Investitionen in Spitzenforschung und -innovation bei IKT. Das Thema „Innovation“ allgemein findet im Rahmen der geplanten Binnenmarktstrategie Erwähnung, wird ansonsten im Arbeitsprogramm aber nicht durch eigene neue Initiativen betont.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion zum geplanten Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) wird im Arbeitsprogramm eine Überprüfung der Handelsstrategie angekündigt, mit der auch Leitlinien bis 2020 für alle Typen von Verhandlungen geschaffen werden sollen. In diesem Zusammenhang ist auf den geplanten Rückzug des Beschlussvorschlags zu ACTA hinzuweisen, mit dem das Ende dieses Vorhabens unterstrichen wird (Anhang II, Nr. 64). Die als REFIT-Maßnahme angekündigte Revision des Telekom-Paketes muss vor dem Hintergrund des neuen Pakets für den digitalen Binnenmarkt gesehen werden. Es ist davon auszugehen, dass der Telekommunikationsrechtsrahmen an den Zielen des Binnenmarktpaketes ausgerichtet werden soll.

Neue Initiativen der KOM (Anhang I)

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Maßnahme	Gegenstand und Ziele
1	Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen	Investitionsoffensive für Europa: Legislati-	Legislativ	Die Folgemaßnahmen umfassen die Einrichtung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (ESIF), die Förderung der Zusammenarbeit mit den nationalen Förderbanken und die

		ve Folgemaßnahmen		Verbesserung des Zugangs von KMU zu Finanzmitteln.
4	Digitaler Binnenmarkt	Paket für den digitalen Binnenmarkt (DBM)	Legislativ/nicht legislativ	Durch die Maßnahmen soll sichergestellt werden, dass die Verbraucher grenzüberschreitenden Zugang zu digitalen Diensten haben und dass gleiche Ausgangsbedingungen für die Unternehmen und die nötigen Voraussetzungen für eine lebendige digitale Wirtschaft und Gesellschaft geschaffen werden. Das Paket wird neben anderen Legislativvorschlägen eine Modernisierung des Urheberrechts umfassen.
7	Binnenmarkt	Binnenmarktstrategie für Waren und Dienstleistungen	Legislativ/nicht legislativ	Strategie für ein neues, integriertes Binnenmarktkonzept für eine weitere Integration und zur Verbesserung der gegenseitigen Anerkennung und Standardisierung in wichtigen Industrie- und Dienstleistungssektoren mit besonders hohem wirtschaftlichen Potential wie Unternehmensdienstleistungen, Baugewerbe, Einzelhandel, reglementierte Berufe, fortschrittliche Herstellungstechnologien und kombinierte Bereitstellung von Dienstleistungen/Waren. Besonderes Augenmerk gilt dabei den KMU.
15	Handel	Handels- und Investitionsstrategie für Beschäftigung und Wachstum	Nicht legislativ	Umfassende Überprüfung der Strategie für die EU- Handelspolitik und insbesondere ihres Beitrags zu Beschäftigung, Wachstum und Investitionen. Die Überprüfung erstreckt sich auf alle Aspekte der Handelspolitik, einschließlich bilateraler, plurilateraler und multilateraler Verhandlungen sowie autonomer Maßnahmen, und die Erstellung von Leitlinien für die Politik in all diesen Bereichen für die nächsten fünf Jahre.

REFIT-Maßnahmen (Anhang III)

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative/ REFIT-Ziel	Beschreibung
18	Digitale Wirtschaft & Gesellschaft	Telekom-Paket	Evaluierung	Evaluierung des Telekom-Pakets von 2009. Noch nicht abgeschlossen, Ende voraussichtlich 2016.

2. Finanzen, Steuern und Zollunion, Wirtschafts- und Währungsunion

Vorbemerkung:

Den politischen Prioritäten des neuen Kommissionspräsidenten Juncker entsprechend sollen alle Maßnahmen den Zielen von Wachstum und Beschäftigung unterworfen werden. Vor diesem Hintergrund wird ebenso im Bereich Finanzen die Investitionsoffensive für Europa i.H.v. 315 Mrd. EUR ein beherrschendes Thema für 2015 werden, zumal auch EU-Haushaltsmittel als Grundlage zur Finanzierung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen dienen sollen.

Des Weiteren werden der Kampf gegen Steuerbetrug und Steuerumgehung, die Schließung der MwSt.-Lücke sowie die Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion im Fokus der Arbeiten der KOM stehen. Von Interesse wird auch die Ausgestaltung der Kapitalmarktunion sein; konkrete Vorschläge hierfür werden 2015 erwartet. Schließlich wird das Jahr 2015 durch weitere Arbeiten im Bereich der Finanzmarktregulierung gekennzeichnet sein.

Neue Initiativen der KOM (Anhang I)

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Maßnahme	Gegenstand und Ziele
9	Finanzen	Kapitalmarktunion	Legislativ/nicht legislativ	Aktionsplan für eine bessere Finanzierung der Wirtschaft durch effizientere marktgestützte Finanzierungsinstrumente, einschließlich Arbeiten zur Schaffung eines Rahmens für hochwertige Verbriefungen.
12	Wirtschafts- & Währungsunion	Maßnahmenpaket für die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion	Legislativ/nicht legislativ	Das Paket schließt sich an die Überarbeitung der jüngsten Maßnahmen der wirtschaftspolitischen Steuerung („Sechserpack“ und „Zweiterpack“) an, setzt Anreize für Strukturreformen und befasst sich mit der Vertretung der Wirtschafts- und Währungsunion nach außen.
13	Steuern	Vorschlag für eine Richtlinie über den obligatorischen Austausch von Informationen im Zusammenhang mit grenzübergreifenden Verfahren zur Steuerfestsetzung	Legislativ	Durch den Vorschlag wird sichergestellt, dass die Steuerbehörden der Mitgliedstaaten in Fällen, in denen Steuerzahler sich in einer grenzüberschreitenden Situation befinden, sachdienliche Informationen über die Vorabauslegung oder Anwendung von Rechtsvorschriften austauschen.

14	Steuern	Aktionsplan zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug, einschließlich einer Mitteilung über ein neues Konzept für die Körperschaftsteuer im Binnenmarkt im Lichte der weltweiten Entwicklungen	Nicht legislativ	Der Aktionsplan wird auf der Grundlage der auf Ebene der OECD und der G20 erfolgten Arbeiten über Gewinnkürzung und -verlagerung (BEPS) Maßnahmen auf EU-Ebene umfassen, um ein System zu schaffen, dem zufolge Gewinne in dem Land besteuert werden, in dem sie erzielt werden, und zwar einschließlich der digitalen Wirtschaft. Die Mitteilung wird im Interesse einer gerechten Besteuerung auf eine Stabilisierung der Bemessungsgrundlagen der Körperschaftsteuer in der EU abzielen, einschließlich einer Neuaufnahme der Arbeiten für eine gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage.
----	---------	--	------------------	---

Liste der zurückzuziehenden/ zu ändernden Vorschläge/ (Anhang II)

Nr.	Politikbereich	KOM/COM/Interinstitutionelle Referenz	Bezeichnung	Begründung der Rücknahme/ Änderung
28	Steuern	KOM/2011/0169 2011/0092/CNS	Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2003/96/EG zur Restrukturierung der gemeinschaftlichen Rahmenvorschriften zur Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom	Die Verhandlungen im Rat haben zu einem Kompromisstext geführt, der den Kommissionsvorschlag inhaltlich völlig entleerte. Zudem findet im Rat selbst der Kompromisstext keine Unterstützung.

3. Beschäftigung, Soziales, Gesundheit, Integration

Vorbemerkung:

Im Zentrum der Bemühungen der KOM für das Jahr 2015 stehen der Abbau der Arbeitslosigkeit, die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie der Ausbau der beruflichen Mobilität zur Reduzierung des Fachkräftemangels; nicht erwähnt wird jedoch das Ziel der Armutsbekämpfung. Sozialpolitische Maßnahmen sind ebenfalls nicht im Arbeitsprogramm 2015 zu finden, dies gilt beispielsweise für den noch 2014 angekündigten Rechtsakt über die Zugänglichkeit (Accessibility Act), mit dem Waren und Dienstleistungen für ältere Menschen und Personen mit Behinderung verbessert werden sollen.

Im Bereich der Gesundheitspolitik sind keine eigenständigen neuen Initiativen vorgesehen, wenngleich die Arbeiten an laufenden Dossiers wie z.B. der Verordnungen über Medizinprodukte sowie In-vitro-Diagnostika weitergehen.

Neue Initiativen der KOM (Anhang I)

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Maßnahme	Gegenstand und Ziele
2	Beschäftigung, Soziales, Integration	Förderung der Integration und der Vermittelbarkeit auf dem Arbeitsmarkt	Legislativ/nicht legislativ	Maßnahmenpaket zur Unterstützung der MS bei ihren Bemühungen, Menschen (insb. Langzeitarbeitslose und Jugendliche) in Arbeit zu bringen und qualifizierte Arbeitskräfte heranzubilden. Hierzu zählen Folgemaßnahmen zur Umsetzung der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen, ein Vorschlag für eine Empfehlung des Rates für die Integration langfristig arbeitsloser sowie Fortbildungs-/ Qualifizierungsmaßnahmen.
8	Beschäftigung	Maßnahmenpaket für die Mobilität der Arbeitskräfte	Legislativ/nicht legislativ	Ziele des Pakets sind die Förderung der Mobilität der Arbeitskräfte und die Bekämpfung von Missbrauch durch eine bessere Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit, die gezielte Überprüfung der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern und die Stärkung von EURES.

Liste der zurückzuziehenden/ zu ändernden Vorschläge/ (Anhang II)

Nr.	Politikbereich	KOM/COM/Inter-institutionelle Referenz	Bezeichnung	Begründung der Rücknahme/ Änderung
49	Gesundheit	KOM/2012/0084 2012/0035/COD	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Transparenz von Maßnahmen zur Regelung der Preisfestsetzung bei Humanarzneimitteln und ihrer Aufnahme in die staatlichen Krankenversicherungssysteme	Keine Einigung in Sicht.
58	Beschäftigung, Gesundheit	KOM/2008/0637 2008/0193/COD	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 92/85/EWG des Rates vom 19. Oktober 1992 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von schwangeren Arbeitnehmerinnen, Wöchnerinnen und stillenden Arbeitnehmerinnen am Arbeitsplatz	Wird innerhalb von sechs Monaten keine Einigung erzielt, wird der Vorschlag zurückgezogen und durch eine neue Initiative ersetzt. Rückzug in der REFIT-Mitteilung vom Juni 2014 mitgeteilt.

REFIT-Maßnahmen (Anhang III)

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Maßnahme/REFIT-Ziel	Gegenstand und Ziele
21	Beschäftigung	Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer	Rechtsetzungsinitiative: Konsolidierung/Vereinfachung	Konsolidierung von drei Richtlinien im Bereich der Unterrichtung und Anhörung von Arbeitnehmern, bei der die Ergebnisse einer Konsultation der Sozialpartner berücksichtigt werden: <ul style="list-style-type: none"> • Richtlinie 2002/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2002 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gemeinschaft • Richtlinie 98/59/EG des Rates vom 20. Juli 1998 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Massentlassungen • Richtlinie 2001/23/EG des Rates vom 12. März 2001 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Wahrung von Ansprüchen der Arbeitnehmer beim Übergang von Unternehmen, Betrieben oder Betriebsteilen

24	Gesundheit	Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz	Evaluierung	Evaluierung der Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit und 23 verbundener Richtlinien. Ergebnisse werden 2015 erwartet.
25	Beschäftigung	Teilzeitbeschäftigung und befristete Arbeitsverträge	Evaluierung	Evaluierung der Richtlinie 97/81/EG des Rates vom 15. Dezember 1997 zu der von UNICE, CEEP und EGB geschlossenen Rahmenvereinbarung über Teilzeitarbeit Richtlinie 1999/70/EG des Rates vom 28. Juni 1999 zur EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung über befristete Arbeitsverträge. Ergebnisse werden 2015 erwartet.
60	Soziales	Gleichbehandlung im Bereich der sozialen Sicherheit	Evaluierung	Evaluierung der Rechtsvorschriften zur Gleichbehandlung bei der sozialen Sicherheit entsprechend der Richtlinie 79/7/EGW zur schrittweisen Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Bereich der sozialen Sicherheit. Ergebnisse werden 2015 erwartet.
69	Beschäftigung, Soziales, Integration	Legale Zuwanderung	Eignungsprüfung	Eignungsprüfung der <ul style="list-style-type: none"> • Richtlinie 2009/50/EG vom 25. Mai 2009 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung (Blaue Karte), • Richtlinie 2003/109/EG vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen, • Richtlinie 2011/98/EU vom 13. Dezember 2011 über ein einheitliches Verfahren zur Beantragung einer kombinierten Erlaubnis für Drittstaatsangehörige, sich im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats aufzuhalten und zu arbeiten, sowie über ein gemeinsames Bündel von Rechten für Drittstaatsarbeitnehmer, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten (einheitlicher Aufenthaltstitel), um die Eignung des EU acquis im Bereich der legalen Zuwanderung zu bewerten und möglicherweise Änderungen vorzuschlagen. Wird 2015 begonnen.

4. Bildung, Jugend, Kultur, Forschung und Medien

Vorbemerkung:

Im Bereich der Bildung, Jugend, Kultur, Forschung und Medien plant die KOM keine neuen Initiativen. Sie hebt aber die Bedeutung von Forschung und Bildung für Wachstum und Beschäftigung hervor. Ausdrücklich genannt wird die Forschung im Hinblick auf die Schaffung des digitalen Binnenmarkts und der Energieunion. Im Übrigen hält die KOM daran fest, Mitte 2015 den Fahrplan zum Europäischen Forschungsraum (EFR) zu verabschieden; in diesem Zusammenhang soll auch die Governance-Struktur des Ausschusses für den EFR (engl.: ERAC) reformiert werden.

Im Bereich Medienpolitik soll die EU-Gesetzgebung zu audiovisuellen Mediendienstleistungen als ein Element der Strategie für einen digitalen Binnenmarkt modernisiert werden (s. Wirtschaft), wobei die Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste lediglich als REFIT-Maßnahme in Anhang III erwähnt wird.

REFIT-Maßnahmen (Anhang III)

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Maßnahme	Gegenstand und Ziele
17	Medien	Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste	Evaluierung	Evaluierung der Richtlinie 2010/13/EU vom 10. März 2010 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste. Noch nicht abgeschlossen, Ende voraussichtlich 2016. Zur Vorbereitung der Evaluierung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste wurden eine Studie zu Regelungen der Alkoholverbung und eine weitere zu Regelungen bezüglich der Ko- und Selbstregulierung in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse werden im Laufe des Jahres 2015 erwartet.

5. Umwelt, Verkehr, Klima, Energie und Meerespolitik

Vorbemerkung:

Im Umweltbereich gibt es keine neuen Initiativen. Dagegen soll eine Reihe von KOM-Vorschlägen sowie Rechtsvorschriften überprüft, geändert und/oder zurückgezogen werden, wie z. B. der Richtlinienvorschlag aus dem Paket für Kreislaufwirtschaft oder die Richtlinien für Vogelschutz und für FFH-Gebiete. Der Richtlinienvorschlag aus dem Luftpaket soll im Rahmen des normalen angelaufenen Gesetzgebungsverfahrens „angepasst“ werden.

Neue Initiativen zur Förderung der Infrastruktur, neben der Förderung im Rahmen der transeuropäischen Netze (TEN-V), werden im Verkehrsbereich auch durch die Etablierung des Europäischen Fonds für Strategische Investitionen, der mit 3,3 Mrd. EUR aus der Connecting Europe Facility (CEF) teilfinanziert werden soll, zu erwarten sein. Unter dem Schlagwort „Luftverkehrspaket“ soll 2015 zudem eine Mitteilung erstellt werden, in der Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ausgelotet werden sollen. Des Weiteren kann nicht ausgeschlossen werden, dass im Bereich der Europäischen Agenda für Sicherheit (vgl. Justiz, Inneres, Humanitäre Hilfe, Nr. 17) auch der Luft-/Seeverkehr betroffen sein wird.

Der Energie- und Klimapolitik als einer der zehn Prioritäten der KOM wird dagegen breiterer Raum zugewiesen. Dabei sollen die Schwerpunkte der künftigen Energiepolitik in dem „Strategischen Rahmen für die Energieunion“ zusammengefasst werden. Die Klimapolitik ist auf die internationalen Verhandlungen im Rahmen der UN-Klimakonferenz in Paris fokussiert. Einzelne Vorschriften sollen überarbeitet bzw. aktualisiert werden. Im Bereich der Meerespolitik sind für 2015 keine Änderungen aufgeführt. Unter dem Bereich Finanzen, Steuern und Zollunion, Wirtschafts- und Währungsunion findet sich zudem eine intendierte Rücknahme des Richtlinienvorschlags zur Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom aus dem Jahre 2011 (vgl. Ziffer 28).

Neue Initiativen (Anhang I)

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Maßnahme	Gegenstand und Ziele
5	Energie	Strategischer Rahmen für die Energieunion	Legislativ/nicht legislativ	Die Schwerpunkte des strategischen Rahmens sind die Sicherheit der Energieversorgung, die Integration der nationalen Energiemärkte, die Senkung der Energienachfrage in Europa, die Dekarbonisierung des Energie-Mix und die Förderung von Forschung und Innovation im Bereich Energie. Er umfasst zudem eine Überarbeitung des EU-Emissionshandelssystems als Teil des rechtlichen Rahmens für die Zeit nach 2020.
6	Klima	Mitteilung „Auf dem Weg nach Paris – multilaterale Reaktion auf den Klimawandel“	Nicht legislativ	In der Mitteilung werden die Ziele und Erwartungen der EU, ihre Vorstellung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit im Rahmen des Abkommens von 2015 und der EU-Beitrag im Anschluss an die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 24. Oktober 2014 beschrieben.

11	Verkehr	Luftverkehrspaket	Legislativ/nicht legislativ	Als einzige konkrete neue Initiative wird die Erstellung einer Mitteilung über Herausforderungen und Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Luftfahrtbranche und die Überarbeitung der EASA-Verordnung 216/2008 genannt. Hintergrund dürfte der unter einem enormen wirtschaftlichen Druck stehende Luftverkehrssektor in Europa stehen.
23	Umwelt/Landwirtschaft	Überprüfung des GVO-Entscheidungsprozesses	Legislativ	Bei der Überprüfung wird untersucht, wie durch eine Änderung der Bestimmungen der Meinung der Mehrheit der Mitgliedstaaten besser Rechnung getragen werden könnte.

Liste der zurückzuziehenden/ zu ändernden Vorschläge/ (Anhang II)

Nr.	Politikbereich	KOM/COM/interinstitutionelle Referenz	Bezeichnung	Begründung der Rücknahme/ Änderung
14	Umwelt/Landwirtschaft	COM/2014/0180 2014/0100/COD	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. XXX/XXX des Europäischen Parlaments und des Rates [Verordnung über amtliche Kontrollen] und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates	Wenn binnen sechs Monaten keine Einigung erfolgt, wird der Vorschlag durch eine neue Initiative ersetzt.
19	Umwelt	KOM/2011/0518 2011/0225/NLE	Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Festlegung eines Gemeinschaftssystems zur Registrierung von Beförderern radioaktiven Materials	Keine Einigung in Sicht. Trotz der befürwortenden Stellungnahme des EP im Dezember 2013 gab es im Rat keine ausreichende Unterstützung, so dass eine Einigung über den Vorschlag nicht möglich ist.
36	Umwelt/Verkehr	COM/2013/0300 2013/0153/NLE	Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Festlegung des in der HELCOM und der IMO zur vertretenden Standpunkts hinsichtlich der Ausweisung der Ostsee als Emissionsüberwachungsgebiet für Stickstoffdioxid (NECA)	Keine Einigung in Sicht.

37	Umwelt/Verkehr	COM/2013/0920 2013/0443/COD	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verringerung der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe und zur Änderung der Richtlinie 2003/35/EG	Muss im Rahmen der legislativen Folgemaßnahmen zum Energie- und Klimapaket 2030 geändert werden.
38	Umwelt	COM/2014/0397 2014/0201/COD	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinien 2008/98/EG über Abfälle, 94/62/EG über Verpackungen und Verpackungsabfälle, 1999/31/EG über Abfalldeponien, 2000/53/EG über Altfahrzeuge, 2006/66/EG über Batterien und Akkumulatoren sowie Altbatterien und Altkumulatoren sowie 2012/19/EU über Elektro- und Elektronik-Altgeräte	Wird zurückgezogen und bis Ende 2015 durch einen neuen ehrgeizigeren Vorschlag zur Förderung der Kreislaufwirtschaft ersetzt.
68	Verkehr	KOM/2009/0217 2009/0063/COD	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Luftfahrtsicherheitsentgelte	Keine Unterstützung durch die Gesetzgeber. Blockiert seit 2010. Rückzug in der REFIT-Mitteilung vom Juni 2014 mitgeteilt.
71	Verkehr	KOM/2011/0824 2011/0397/COD	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Bodenabfertigungsdienste auf Flughäfen der Union und zur Aufhebung der Richtlinie 96/67/EG	Keine Einigung in Sicht.

REFIT-Maßnahmen (Anhang III)

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative/REFIT-Ziel	Beschreibung
10	Energie	Förderung erneuerbarer Energieträger	Evaluierung	Evaluierung der Richtlinie 2009/28/EG vom 23. April 2009 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen und zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinien 2001/77/EG und 2003/30/EG. Ergebnisse werden 2015 erwartet.
11	Umwelt	Geologische Speicherung von Kohlendioxid	Evaluierung	Evaluierung der Richtlinie 2009/31/EG über die geologische Speicherung von Kohlendioxid. Ergebnisse werden 2015 erwartet.
12	Umwelt/Verkehr	Reduzierung von CO ₂ -Emissionen leichter Nutzfahrzeuge	Evaluierung	Evaluierung der Verordnungen 443/2009 und 510/2011 über die Reduzierung von CO ₂ -Emissionen leichter Nutzfahrzeuge. Ergebnisse werden 2015 erwartet.

13	Umwelt/Verkehr	Kraftstoffqualität	Evaluierung	Richtlinie 98/70/EG über die Kraftstoffqualität. Evaluierung wird 2015 begonnen.
31	Umwelt	Umwelthaftung	Evaluierung	Evaluierung der Richtlinie 2004/35/EG über Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden. Nach Artikel 18 der Richtlinie legt die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht über die Erfahrungen bei der Anwendung der Richtlinie vor. Ergebnisse werden 2015 erwartet.
33	Umwelt	Infrastruktur für raumbezogene Informationen in Europa (INSPIRE)	Evaluierung	Evaluierung der Richtlinie 2007/2/EG zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft (INSPIRE). Ergebnisse werden 2015 erwartet.
34	Umwelt	Natura 2000 (Vogelschutz- und Habitatrichtlinie)	Eignungsprüfung	Eignungsprüfung der <ul style="list-style-type: none"> • Richtlinie 2009/147/EG über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten • Richtlinie 92/43/EWG vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen. <p>Noch nicht abgeschlossen, Ende voraussichtlich 2016.</p>
35	Umwelt/Verkehr	Umgebungsärm	Evaluierung	Evaluierung der Richtlinie 2002/49/EG über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungsärm. In den Artikeln 10 Absatz 4 und 11 sieht die Richtlinie vor, dass die Kommission alle fünf Jahre einen Bericht vorlegt, in dem die Durchführung der Richtlinie bewertet wird, die Lärmkarten und Aktionspläne zusammengefasst werden und die Notwendigkeit weiterer Kommissionsmaßnahmen abgeschätzt wird. Noch nicht abgeschlossen, Ende voraussichtlich 2016.
75	Verkehr	Kombinierter Verkehr	Evaluierung	Evaluierung der Richtlinie 92/106/EWG des Rates vom 7. Dezember 1992 über die Festlegung gemeinsamer Regeln für bestimmte Beförderungen im kombinierten Güterverkehr zwischen Mitgliedstaaten - Mit der Richtlinie wurden Anreize für Beförderungen im kombinierten Verkehr eingeführt, vor allem durch Ausnahmen von durch andere Rechtsvorschriften eingeführten Begrenzungen und Pflichten (Kabotage, Gewichte und Abmessungen).
76	Umwelt/Verkehr	Hafenauffangeinrichtungen	Evaluierung	Evaluierung der Richtlinie 2000/59/EG über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände Ziel der Evaluierung ist ein umfassender Überblick über die Funktionsweise der Richtlinie und die Bewertung von Effizienz und Wirksamkeit. Mit der Evaluierung sollen Problembereiche ermittelt werden, die bei einer möglichen Überarbeitung der Richtlinie angegangen werden können, um den Rechtsrahmen zu verbessern und zu vereinfachen und die Regulierungskosten zu senken. Ergebnisse werden 2015 erwartet.
78	Verkehr	Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge (RL 2009/33/EG)	Evaluierung	Evaluierung der Richtlinie 2009/33/EG vom 23. April 2009 über die Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge. Ziel der Richtlinie ist die Förderung der besseren Gestaltung von Ausschreibungsverfahren, die zu einer sinnvolleren Verwendung öffentlicher Mittel und saubereren Fahrzeugen führen soll. Ergebnisse werden 2015 erwartet.
79	Verkehr	Sicherheit von Tunneln	Evaluierung	Richtlinie 2004/54/EG vom 29. April 2004 über Mindestanforderungen an die Sicherheit von Tunneln im transeuropäischen Straßennetz Ergebnisse werden 2015 erwartet.

6. Landwirtschaft, Fischerei, Verbraucherschutz, Entwicklung des ländlichen Raums

Vorbemerkung:

Für den Bereich Landwirtschaft, Fischerei, Verbraucherschutz und Entwicklung des ländlichen Raumes plant die KOM für 2015 keine neuen Initiativen. Es ist jedoch vorgesehen, dass eine Reihe von KOM-Vorschlägen überprüft, zurückgezogen bzw. neu bewertet werden soll. Wichtig für die Sektoren Landwirtschaft und Verbraucherschutz wird die Überarbeitung des Genehmigungsverfahrens zur Zulassung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) sein (s. Bereich Umwelt Nr. 23).

Im Zuge ihrer Vereinfachungsinitiative hat die KOM angekündigt, die Rechtsvorschriften der EU-Agrarpolitik überprüfen zu wollen, ebenso wie den Vorschlag zum Schulobst- und Schulumilchprogramm; dieser soll vor allem im Hinblick auf Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit geprüft werden. Eine Evaluierung ist für die Gemeinsame Fischereipolitik vorgesehen.

Interessant ist die Ankündigung der KOM, den Vorschlag zur EU-Ökoverordnung zurückzuziehen, wenn Parlament und Rat nicht innerhalb von sechs Monaten zu einer Einigung gelangen. Der Vorschlag zur Saatgutverordnung soll ebenfalls zurückgenommen werden; damit reagiert die KOM auf eine Forderung des Europäischen Parlamentes von April 2014. Auffällig ist, dass das Arbeitsprogramm der KOM keine Bewertung und keinen neuen Vorschlag für die EU-Tierschutzstrategie vorsieht.

Liste der zurückzuziehenden/ zu ändernden Vorschläge/ (Anhang II)

Nr.	Politikbereich	KOM/COM/Interinstitutionelle Referenz	Bezeichnung	Begründung der Rücknahme/ Änderung
12	Landwirtschaft	COM/2014/0032 2014/0014/COD	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 sowie der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 hinsichtlich der Beihilferegelung für die Abgabe von Obst und Gemüse, Bananen und Milch in Bildungseinrichtungen	Die gesamte Regelung wird im Zuge der Vereinfachung der GAP anhand der Grundsätze der Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und besseren Rechtsetzung evaluiert. Solange sollten die Arbeiten der Gesetzgeber am Änderungsvorschlag ruhen.

14	Landwirtschaft	COM/2014/0180 2014/0100/COD	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen /biologischen Erzeugnissen sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. XXX/XXX des Europäischen Parlaments und des Rates [Verordnung über amtliche Kontrollen] und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Erzeugung von Pflanzenerzeugungsmaterial und dessen Bereitstellung auf dem Markt (Rechtsvorschriften für Pflanzenvermehrungsmaterial)	Wenn binnen sechs Monaten keine Einigung erfolgt, wird der Vorschlag durch eine neue Initiative ersetzt.	Nach Ablehnung des Vorschlags in erster Lesung im April 2014 ersuchte das EP die KOM per Schreiben des EP-Präsidenten vom 11.9.2014 D(2014)41887 um Rückzug des Vorschlags.
47	Landwirtschaft/Gesundheit und Lebensmittelsicherheit	COM/2013/0262 2013/0137/COD	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Erzeugung von Pflanzenerzeugungsmaterial und dessen Bereitstellung auf dem Markt (Rechtsvorschriften für Pflanzenvermehrungsmaterial)			

7. Justiz, Inneres, Humanitäre Hilfe

Vorbemerkung:

Die KOM orientiert sich in ihren Vorschlägen an den Leitlinien des Europäischen Rates vom 26. und 27. Juni 2014 für die künftige Gestaltung der Innen- und Justizpolitik. Sie plant eine bessere Bekämpfung von grenzübergreifender Kriminalität und Terrorismus, eine neue Migrationspolitik und eine weitere Vertiefung der justiziellen Zusammenarbeit.

Mit dem Vorschlag einer Europäischen Agenda für Sicherheit will die KOM Bedrohungen der inneren Sicherheit der EU durch grenzübergreifende Kriminalität, Terrorismus, Cyberkriminalität, ausländische Kämpfer und Radikalismus begegnen. Dabei werden die Themen Vorratsdatenspeicherung und Speicherung von Fluggastdaten, obwohl sie nicht explizit genannt werden, eine Rolle spielen. Mit der europäischen Migrationsagenda will die KOM ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen einem fairen und verantwortungsvollen Umgang mit legaler Migration (siehe auch unter Beschäftigung, Soziales, Integration) und entschlossenen Maßnahmen gegen illegale Migration und Menschenhandel/-schmuggel herstellen. Im Kontext ihrer Sicherheits- und Entwicklungspolitik plant die KOM darüber hinaus, auch weiterhin die Bekämpfung des Ebola-Virus zu fördern.

In den Initiativen zum digitalen Binnenmarkt (siehe auch unter Wirtschaft) plant die KOM neben der Stärkung der Cyber-Sicherheit neue Regeln zum Urheberrecht. Des Weiteren kündigt die Kommission ausdrücklich an, ihre Vorhaben in den Bereichen Datenschutz und europäischer Staatsanwaltschaft weiterzuentwickeln. Der Vorschlag zum Kaufrecht soll überarbeitet werden.

Neue Initiativen der KOM (Anhang I):

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Maßnahme	Gegenstand und Ziele
17	Innen	Europäische Agenda für Sicherheit	Nicht legislativ	In der Mitteilung wird ausgehend von einer Überprüfung laufender Maßnahmen und der Ermittlung neuer Maßnahmen unter Berücksichtigung sich abzeichnender Bedrohungen eine europäische Agenda für Sicherheit für den Zeitraum 2015-2020 vorgeschlagen.
18	Innen	Europäische Migrationsagenda	Legislativ/nicht legislativ	Ziel ist die Entwicklung eines neuen Konzepts für die legale Migration, um die EU zu einem attraktiven Ziel für Talente und Fähigkeiten zu machen und die Migration besser zu steuern; dies soll erreicht werden durch eine intensivere Zusammenarbeit mit Drittländern, die Förderung von Lastenverteilung und Solidarität und die Bekämpfung von irregulärer Migration und Schmuggel. Die Agenda umfasst eine Überarbeitung der „Blue Card-Richtlinie“, der EU-weiten Arbeitslaubnis für Hochqualifizierte.
20	Humanitäre Hilfe	Mitteilung über die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung für die Zeit nach 2015	Nicht legislativ	Die Mitteilung dient der Festlegung eines gemeinsamen Standpunktes der EU zur globalen Partnerschaft im Interesse der Ziele der nachhaltigen Entwicklung. Behandelt werden sowohl finanzielle als auch nichtfinanzielle Umsetzung, nationale/ internationale und öffentliche/private Finanzierungen, verschiedene Arten von Partnerschaften sowie Monitoring, Rechenschaftspflicht und Überprüfung.

Liste der zurückzuziehenden/ zu ändernden Vorschläge/ (Anhang II)

Nr.	Politikbereich	KOM/COM/Inter-institutionelle Referenz	Bezeichnung	Begründung der Rücknahme/ Änderung
60	Justiz	KOM/2011/0635 2011/0284/COD	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht	Der Vorschlag wird geändert, um das Potenzial des elektronischen Handels im digitalen Binnenmarkt voll zur Entfaltung zu bringen.

REFIT-Maßnahmen (Anhang III)

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative/REFIT-Ziel	Beschreibung
49	Innen	Rechtsmittel bei der öffentlichen Auftragsvergabe	Evaluierung	Evaluierung der Richtlinie 2007/66/EG zur Änderung der Richtlinien 89/665/EWG und 92/13/EWG des Rates im Hinblick auf die Verbesserung der Wirksamkeit der Nachprüfungsverfahren bezüglich der Vergabe öffentlicher Aufträge. Ergebnisse werden 2015 erwartet.
57	Justiz	Zahlungsverzugsrichtlinie	Evaluierung	Evaluierung der Richtlinie 2011/7/EU zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr. Wird 2015 begonnen.
68	Innen	Bekämpfung der organisierten Kriminalität	Evaluierung	Evaluierung des Rahmenbeschlusses 2008/841/JI. Ergebnisse werden 2015 erwartet.